

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 1

Artikel: Um die nationale Einigung
Autor: Oprecht, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333796>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Man sage nicht, das sei eine unzeitgemäße Diskussion; der Politik sei jetzt Ruhestellung befohlen. Die Aussprache ist im allerhöchsten Maß aktuell und wichtig und nötig. Ich für meinen Teil will nicht geschwiegen haben; denn die Aufgaben der Wirtschaft und Politik sind ihrerseits nicht in Ausstand getreten. Sie melden sich täglich und stündlich mit gebieterischen Forderungen zum Wort und verlangen eine Antwort und ein Handeln.

Es geht jetzt um die Kriegswirtschaft. Wir sind damit sehr viel weiter als im August 1914. Die Kriegswirtschaft von 1939 baut auf den Erfahrungen von 1918 und 1919 auf. Die sozialpolitischen Fehler der Jahre 1914, 1915, 1916 und 1917 dürfen nicht wiederholt werden. Wer darüber im Zweifel ist, was ich meine, lese das ergreifende Bekenntnis des einstigen zürcherischen Staatsanwalts Dr. Zeller nach. Das soziale Schamgefühl werden wir diesmal auch nicht erst im dritten oder vierten Kriegsjahr durch einen Dichter entdecken lassen. Wir werden den über hunderttausend Arbeiter- und Angestelltenfrauen, die ihren Mann jetzt an die Armee abgegeben haben und von denen viele jetzt ohne Einkommen dastehen, vorher sagen, wie sie den nächsten und übernächsten Mietzins zahlen. Ich mache diese einzige Andeutung, um sofort beizufügen, daß es keineswegs um unlösbare Probleme geht. Ein Volk, dem das »All dir geweiht!« im tiefsten Herzen verankert ist, wird vor diesen Aufgaben nie und nimmer versagen. Wir dürfen es schon um unserer Wehrmänner willen nicht, die in diesen Tagen ohne jede Phrase, aber mit harter Entschlossenheit und der Bereitschaft zum äußersten Opfer an die Grenzen eingerückt sind. Möge auch die Politik, die mit so vielen und starken Einflüssen der Sonderinteressen belastet ist, sich sofort auf der Höhe der neuen Zeitaufgaben zeigen und diesmal die Umwege und Irrwege des ersten Weltkrieges meiden. Ein so gewappnetes Schweizervolk wird seine Einheit vom ersten bis zum letzten Kriegstag zu erhalten wissen und allen Wechselfällen der großen, nun im dritten Jahrzehnt stehenden politischen Krise Europas gewachsen sein.

Um die nationale Einigung

Von Dr. Hans Oprecht.

Der Hauptzweck des bevorstehenden Kampfes um die Neuwahl des Nationalrates, die am 29. Oktober verfassungsmäßig stattfinden wird — sofern der Kriegsgott nicht vorher noch in die Geschichte der europäischen Staaten eingreift —, soll nach einer verbreiteten Auffassung darin bestehen, daß sie die Bedingungen zur Erweiterung der Regierungsbasis im Bund ergeben werde.

Für eine jede Partei und deren Leitung sind Wahlen und deren Ausgang bedeutsame Barometer der politischen Lage und der politischen Gesinnung des Wahlkörpers. Jede Partei versucht darum, Strategie und Taktik des Wahlkampfes derart rechtzeitig festzulegen, daß der Wahlerfolg zu ihren Gunsten ausfällt, wobei jede Parteileitung sich der Relativität aller Wahlkämpfe stets bewußt bleiben wird.

Worum geht es in der Tat im kommenden Kampf?

Bloß um die zukünftige Zusammensetzung des Nationalrates oder auch um die des Bundesrates? Ist die Fragestellung der Basler »Nationalzeitung« beispielsweise richtig? Nach deren Sonntagsausgabe vom 12./13. August lautet die Frage nach dem Hauptzweck der kommenden Wahlen also:

»Läge eine solche Erweiterung der Regierungsbasis« (mit sozialdemokratischer Beteiligung im Bundesrat), »auch wenn sie verfassungsrechtlich nicht notwendig ist, nicht doch im Interesse des Landes?«

Für die »Gazette de Lausanne«, die »für eine wirkliche nationale Union« die Feder führt, wäre dabei Voraussetzung die Definition »der Prinzipien der eidgenössischen Politik«. Als solche verfißt die »Gazette de Lausanne« die Einigkeit aller Schweizer«, wobei sie geradezu die Existenz der Schweiz davon abhängig macht. Diese Einigkeit müsse begründet sein »im föderativen Aufbau unseres Staatswesens«.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat durch ihr Manifest zum 1. August »Schweizervolk, heraus!« ihren Beitrag geleistet zur Diskussion über die allgemeine Politik, wie sie die Eidgenossenschaft in dieser schweren Zeit braucht. Das Echo ist dabei seitens der im Bund herrschenden Parteien und der großen bürgerlichen Zeitungen nicht weniger als ermutigend ausgefallen, gerade im Hinblick auf die in der »Gazette der Lausanne« angeregte große politische Diskussion. Die bürgerlichen Zeitungen haben von einer unnötigen Kundgebung geschrieben. Zwei Bundesräte haben in offiziellen Reden, der Bundesrat in corpore durch ein Communiqué, mit dem Manifest der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sich beschäftigt. Warum solche Reaktion? Glauben die im Bund herrschenden Parteien, glaubt das Bürgertum, es habe den 1. August als Feiertag für sich allein gepachtet? Besteht die Meinung, die politisch organisierte Arbeiterschaft, die sich von niemandem ihre nationale Gesinnung, am wenigsten von gewissen Herren der Finanz und der Industrie, bezweifeln läßt, hätte kein Recht, ihre eigene Auffassung über vaterländische Politik am nationalen Feiertag des 1. August öffentlich bekanntzugeben? Besteht die nationale Einigung, die an den Kundgebungen des 1. August von bürgerlicher Seite gefordert wird, einfach darin, daß die organisierte Arbeiterschaft schweigen soll? Unser Manifest zum 1. August ist aus gut vaterländischer Gesinnung heraus geschrieben. Es stellt klar und eindeutig die Probleme der Politik der Eidgenossenschaft zur Diskussion. Wir sind bereit, alle Positionen unseres Manifests bei jeder Gelegenheit, wo es auch sei, zu verfechten. Wir nennen in unserm Manifest die Grundsätze der Außenpolitik, welche nach unserer Auffassung das Schweizervolk verwirklicht sehen will. Wir begründen darin die Notwendigkeit einer starken Armee für die Schweiz, wir verfechten damit eine aktive und soziale Demokratie, wir sind dabei der festen Überzeugung, daß nur der Geist die Demokratie lebendig erhält. Warum geben auf diese politische Manifestation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz weder der Bundesrat noch die im Bund herrschenden Parteien und ihre Zeitungen eine Antwort? Warum stürzen sie sich auf einen an

und für sich bedeutungslosen Nebensatz des Manifests, da wir doch zuerst und ohne Einschränkung die »wahre Neutralität« fordern und dabei verlangen, daß mit allen Staaten *korrekte*, mit den Demokratien aber freundschaftliche Beziehungen unterhalten werden, damit die Schweiz ihre vornehmste Mission erfüllen könne: dem Frieden zu dienen? Warum bildet unser Vorschlag, es seien freundschaftliche Beziehungen mit den Demokratien zu pflegen, für unsere Außenpolitiker, die in der Bundespolitik bestimmend wirken, solch einen Stein des Anstoßes? Weil durch unser Manifest eine gewisse Kritik an der Außenpolitik des Bundesrates zum Ausdruck kommt? Haben und hatten wir denn dazu keine Veranlassung? Es ist ein Ablenkungsmanöver billigster Art, wenn der Bundesrat und gewisse bürgerliche Zeitungen auf dem Begriff der Neutralität, wie sie ihn verstehen, herumreiten und uns gegenüber den Vorwurf erheben, die Sozialdemokratische Partei würde zur sogenannten »differenziellen Neutralität« zurückkehren wollen. Das ist nicht wahr! Wir haben das Verdienst von Bundesrat Motta nie bestritten, als es ihm gelang, vom Völkerbundsrat die Anerkennung der integralen Neutralität zu erreichen. Dabei ist – in Parenthese bemerkt – vom selben Bundesrat Motta und mit ihm von derselben im Bund herrschenden Mehrheit beinahe zwanzig Jahre lang gerade diese »differenzielle Neutralität« praktiziert worden. Erst im letzten Jahr ist die offizielle Außenpolitik des Bundesrates zur Auffassung der totalen Neutralität zurückgekehrt. Bundesrat Motta und die im Bund herrschenden bürgerlichen Parteien sind deshalb am wenigsten qualifiziert, uns gegenüber Vorwürfe zu erheben, wenn wir noch zur differenzierten Neutralität zurückkehren wollten, was aber keineswegs der Fall ist. Wir sind der Meinung, daß die Schweiz, solange es keinen europäischen Staatenbund gibt, in dem alle Staaten – wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika – gleichberechtigt sind, unbedingt ihre Außenpolitik auf dem Grundsatz der absoluten und integralen Neutralität aufbauen muß. Aber damit ist über die Gesinnung und geistige Haltung des einzelnen Schweizerbürgers nichts festgelegt. Jeder Schweizer ist in seiner Gesinnung frei. Er darf diese Gesinnung, solange sie die offizielle Außenpolitik des Landes nicht gefährdet, auch frei vertreten, wenn wir noch eine freie Schweiz sind. Wir sind sogar der Meinung, daß die Schweiz weitergehen dürfte und Beziehungen zu den Staaten, die ihr politisch (als Demokratien) nahestehen, in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht besonders pflegen könnte, ohne daß dabei der Grundsatz der Neutralität irgendwie verletzt wäre. In der Praxis geschieht das doch längst. Wenn der Stadtpräsident von Zürich den Lord-Mayor von London an die Landesausstellung nach Zürich einlädt und bei Anlaß dieses Besuches die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Zürich und London beziehungsweise der Schweiz und England besonders gepflegt werden, so ist damit der Grundsatz unserer Neutralität in keiner Weise verletzt*. Ich denke auch daran, daß wir mit den demokratischen Kleinstaaten des Nordens, wie Belgien und Holland, wie Dänemark, Norwegen und Schweden, besonders freundschaftliche Beziehungen unterhalten könnten, ohne dadurch irgendwie den Grundsatz der ab-

soluten und integralen Neutralität zu umgehen. Also wozu der Lärm? Wir sind stolz darauf, daß dem Manifest der Partei die Ehre zuteil wurde, von zwei Bundesräten in ihren Reden zum besondern Gegenstand ihrer Ausführungen gewählt und vom Gesamtbundesrat in aller Öffentlichkeit erwähnt zu werden. Wir haben gar keine Veranlassung, deswegen uns des Manifests zu schämen – im Gegenteil! Der Lärm um das Manifest beweist uns die Richtigkeit unseres Standpunkts, den wir darin auseinandergesetzt haben, beweist uns die Richtigkeit der Politik, die wir damit vertreten. Die bürgerlichen Parteien sind in großer Verlegenheit. Sie wissen nicht, wie sie die Nationalratswahlen machen sollen. Sie suchen darum nach einer geeigneten Plattform. Sie glauben sie damit gefunden zu haben, daß sie uns nahelegen, wir möchten den Nationalratswahlkampf auf dem Gebiet der Außenpolitik durchfechten. Die Herren werden sich täuschen. Genau, wie sie sich irren in der Beurteilung der allgemeinen innerpolitischen Situation.

Wie liegen denn die Dinge?

Es besteht besonders in den bürgerlichen Reihen eine große Konfusion über die politische Situation in unserem Lande. Daher versuchen die im Bund herrschenden bürgerlichen Parteien, weil sie keine Lösung der Konfusion sehen, die Entscheidungen hinauszuschieben; daher fiel der Vorschlag auf Verschiebung der Nationalratswahlen, daher wird diese »Welle des Patriotismus« von ihnen hochgetrieben, damit alle Gegensätze darin ertrinken sollen. Man fürchtet die Entscheidungen des Volkes, weicht ihnen daher lieber aus. So ist die Situation, besonders bei den Freisinnigen. Darum kommt ihnen auch »Oxford« gelegen. ffDer Aufruf führender schweizerischer Politiker zum 1. August, es seien die Nationalratswahlen im Zeichen der »moralischen und geistigen Aufrüstung« zu führen, paßte den Herren in den Kram. Es ist Heuchelei, solche Aufrufe in der Öffentlichkeit zu publizieren, wenn die entsprechende Gesinnung dahinter fehlt. Daß sie in der Tat nicht vorhanden ist, haben wir in den vergangenen Jahren mehr als zur Genüge erfahren dürfen.

Die außenpolitischen Gefahren zwingen uns Schweizer zur Besinnung. Auch die Arbeiterschaft hat Einkehr gehalten. Das will aber nicht heißen, daß damit aller und jeder Klassengegensatz aus der Welt geschafft sei. Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache, auch in den letzten Jahren. Wenn also die »nationale Einigung« für unsere staatliche Existenz eine absolute Notwendigkeit ist, dann sollen »die Herren bei den Bauern liegen«, um den Wahlspruch aus der Dornacher Schlacht zu zitieren. In der Landesausstellung in Zürich ist zu wiederholten Malen und von führender Stelle aus schon bei der Eröffnung das Loblied »auf den unbekanntem Arbeiter« in den höchsten Tönen gesungen worden. Der unbekanntem Arbeiter ist in unserer freien De-

* Vielleicht erinnern sich die Herren Etter und Motta daran, wie sie die freundschaftlichen Beziehungen zum Österreich der Seipel und Schuschnigg gepflegt haben!

mokratie gewerkschaftlich und politisch organisiert. Er will und soll damit auch politisch zur Anerkennung gelangen. Billige Lobsprüche genügen dem unbekanntem Arbeiter nicht mehr. Er verlangt wirtschaftlich und politisch die Gleichberechtigung nach dem Prinzip der Gerechtigkeit, das doch eine der tragenden Säulen der schweizerischen Demokratie sein soll. Den wirtschaftlichen und politischen Anspruch der Arbeiterschaft bekämpfen in erster Linie diejenigen, die heute im Besitz der politischen Macht sind: die Freisinnigen, die Katholisch-Konservativen und die Altbauern. Sie haben schon in den Gemeinden und Kantonen erst nach und nach der aufsteigenden Arbeiterschaft Platz gemacht. Sie versuchen heute mit allen Mitteln, im Bund den gerechten Anspruch der Arbeiterschaft auf die Mitverantwortung zu hintertreiben. Der 15. Dezember 1938 ist noch nicht vergessen. Die Initiative auf Volkswahl des Bundesrates wird den im Bund herrschenden Parteien noch einige schlaflose Nächte bereiten.

Die Lage der Bundespolitik im allgemeinen

ist gekennzeichnet dadurch, daß fortschrittliche, den Bund fördernde Maßnahmen von wesentlichen Teilen der im Bund selber an der Macht sich befindenden Kräfte, wenn sie nicht im Keim schon verhindert werden können, offen in den Volksabstimmungen bekämpft werden. Es war und ist immer wieder die organisierte Arbeiterschaft, die selbstlos und staatsreu eingestellt war und dem Bund gab, was dem Bund gehörte. Wir wollen keine Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit im einzelnen hier anführen. Der Hinweis auf das Eidgenössische Strafgesetzbuch, auf die Abstimmungen über militärische Vorlagen, auf den 27. November 1938 und auf den 4. Juni 1939 mögen genügen. Die Arbeiterschaft hat nie Dank für ihre Pflichterfüllung als Staatsbürger verlangt. Sie macht ihre gerechten Ansprüche geltend – mehr nicht.

Die Katholisch-konservative Volkspartei,

als die trotz ihrer Minderheit entscheidende Macht, sperrt sich mit allen Mitteln dagegen, zusammen mit der Arbeiterschaft im Bund zu regieren, Niemand bekämpft die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft so gehässig wie gerade die führenden Zeitungen und die führenden Leute der Katholisch-Konservativen. Mit ihrer Hilfe bleibt der Freisinn, trotzdem er längst in Minderheit geraten ist, in seiner Mehrheitsstellung im Bundesrat sitzen, wobei er deswegen gezwungen ist, eine Politik zu vertreten, die im Widerspruch zu allen liberalen Grundsätzen steht. Auf die Dauer ist für eine politische Partei solche Zwitterstellung nicht tragbar. Der Freisinn wird seine politische Haltung der letzten Jahre noch böse büßen müssen. Der Niedergang des Freisinns in einzelnen Kantonen (Baselland) ist dafür symptomatisch und ein deutliches Omen. Wir sind davon überzeugt, daß auch die Katholisch-konservative Partei der Schweiz einmal umlernen und mit der Arbeiterschaft paktieren muß, sobald ihr selber das Wasser in den Mund zu laufen beginnt. Belgien und nun auch das konservative Holland docent! Hoffentlich für den schweizerischen Katholizismus nicht zu spät.



Für die Freisinnig-demokratische Partei

liegt der Fall hoffnungsloser. Die Angestellten und Arbeiter, die bisher noch ihr nachliefen, erkennen immer mehr, wes Geistes Kind der Freisinn geworden ist. So müssen die Arbeiter und Angestellten gezwungenerweise den Weg gehen, den die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft längst gegangen ist. Für den Freisinn gibt es keine Regeneration, trotz der Jungliberalen. Wer das noch nicht glaubt, verkennt die Lage, in der die Schweiz in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sich befindet. Der Freisinn ist immer wieder gezwungen, wirtschaftliche Maßnahmen von Staats wegen anzuerkennen und durchzuführen, die mit dem Liberalismus, und sei er noch so sehr mit sozialem Öl gesalbt, ständig in Widerspruch geraten. Es bleibt dem Freisinnigen nichts anderes übrig: er muß sich entscheiden, nach der sozialen oder nach der reaktionären Seite hin. Der entscheidende Teil im freisinnigen Lager hat es längst getan: er ist konservativ geworden. Darum hat der Freisinn auch keine Zukunft mehr vor sich.

Die Bauernpartei

geht den Krebsgang all jener Parteien, die aus bloßen Interessen sich politisch betätigen und keine politische Ideologie mit ihrem Banner verfechten. Ihre Vertretung in der Bundesregierung ist zu einem Überbain geworden.

So stellt sich von selber die Notwendigkeit der Neuorientierung der schweizerischen Parteien und ihrer Politik. Wir behaupten, daß nur

mit der Sozialdemokratie

die wahre »nationale Einigung« in der Schweiz möglich ist! Wir gehen sogar so weit in der Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Nation in ihrer Ganzheit am ehesten verkörpert. Das Manifest zum 1. August 1939 ist ein nationales und zugleich soziales Bekenntnis zum schweizerischen Staat und zur schweizerischen Demokratie. Welche der im Bund herrschenden Parteien brächte den Mut auf, in solcher Offenheit zu sagen, was der Schweiz in ihrer Politik not tut? Mit den einleitenden Sätzen des Manifests allein schon wird klar, deutlich und prägnant auseinandergesetzt, was die Schweizerische Eidgenossenschaft in dieser schweren Zeit braucht: Einigkeit zur Lösung der großen nationalen Aufgaben; eine geschlossene Front des ganzen Volkes zur Abwehr jeder Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes; Ausbau einer sozialen Demokratie; starke, freie Kantone im starken, freien Bund.

Der letzte Satz beweist, daß die Sozialdemokratie nicht zentralistisch und nicht etatistisch ist. Sie ist föderalistisch und zugleich für eine freie Bindung in der Gemeinschaft. Sie ist aber nicht föderalistisch im Sinne der Reaktion. Die Sozialdemokratie will einen starken Bund, aber auch starke Kantone. Der Ausgleich der Kräfte zwischen Bund und Kantonen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist durchaus möglich. Die Interessen, die diesem Ausgleich entgegenstehen, sind keine solchen, die der Volksgemeinschaft dienen, sondern solche macht-politischer Natur und solche privater Interessen. Die großen nationalen

Aufgaben lösen, wie Finanzreform, wie konstruktive Arbeitsbeschaffung (und nicht nur militärische), wie geistige und kulturelle Selbstbehauptung, kann nur ein einiges und geschlossenes Schweizervolk, wobei alle Stände, alle Klassen und alle Volksschichten in gleicher Weise mitwirken und die Verantwortung mittragen müssen.

Die bevorstehenden Nationalratswahlen werden keine Umwälzungen in der politischen Lage unseres Landes bringen. Wir Sozialdemokraten machen Politik auf lange Sicht. Die Zukunft, die nahe Zukunft, ist unser.

Arbeiter und Bauer

Von Dr. Max Weber.

Die soziale Schichtung in der Schweiz.

So sehr wir unser Volk zu kennen glauben, sind wir uns nicht immer genügend bewußt, wie groß die verschiedenen sozialen Schichten im Verhältnis zueinander sind. Hierüber gibt die letzte Berufszählung von 1930 folgenden Aufschluß (wir beschränken uns auf die Zahlen der männlichen Erwerbstätigen, da nur diese als Stimmberechtigte in Betracht kommen):

Zahl der männlichen Erwerbstätigen

	Selbständige	Leitende Angestellte	Übrige Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge	Total
Urproduktion	177 590	558	2 756	186 782	1 755	369 441
Industrie	96 725	11 865	55 651	426 048	47 782	638 071
Handel	35 646	9 326	43 236	28 195	6 400	122 803
Gastgewerbe	12 326	629	2 942	14 228	867	30 992
Verkehr	4 240	1 627	23 130	47 279	1 210	77 486
Öffentl. Verw., Lib. Berufe	12 880	14 066	32 028	8 635	1 007	68 616
Hauswirtschaft	8	—	67	8 616	—	8 691
In Anstalten	207	2 701	1 416	10 611	323	15 258
	339 622	40 772	161 226	730 394	59 344	1 331 358

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie zwar sehr groß ist, aber noch nicht einmal ganz die Hälfte aller Erwerbstätigen ausmacht. Die *Industriebevölkerung* (mit Einschluß der selbständig Erwerbenden) bildet für sich allein noch *keine Mehrheit*. Wenn wir die Gliederung nach der sozialen Stellung betrachten, so scheint zwar die Zahl der Arbeiter mit 730 000 die Mehrheit aller männlichen Erwerbstätigen darzustellen. Darin inbegriffen sind aber 187 000 »Arbeiter« der Urproduktion. Das sind in Wirklichkeit keine unselbständig erwerbenden Arbeiter, sondern zum überwiegenden Teil Bauernsöhne, die im väterlichen oder in einem fremden Betrieb als unselbständig Erwerbende vorübergehend tätig sind, in Wirklichkeit aber die soziale Stellung und namentlich die Einstellung